

Wolf-Dieter Narr

Gegenwart und Zukunft einer Illusion Rotgrün und die Möglichkeiten gegenwärtiger Politik

„Man erinnert sich an die Bilder oft besser als an die Worte“ (Richard Meng, 1999)
„Die Schwächen der Märkte wurden über-, ihre Stärken unterschätzt“
(Gerhard Schröder/Tony Blair 1999)

I.

Herbst ist nicht gleich Herbst. Knapp vor einem Jahr leuchtete das Herbstlaub wahlsonnendurchflutet golden. Im herrlich herbstlich changierenden Rotgrün. Vom Politikwechsel nicht nur vom Personenwechsel wurde taggeträumt. Frei nach Eduard Mörike: Bald siehst du, wenn der Wahlschleier fällt, den rotgrünen Himmel unverstellt, reformkräftig die erwartungsvolle Welt in warmen Hoffnungen fließen.

Knapp ein Jahr später haben sich die rotgrünen Blätter eingekrümmt; sind schmutzig grau geworden. Wie es im Spätherbst so kommt, wenn die Blätter knapp vor dem ersten Schnee und schon nach manchem Bodenfrost zusammengekehrt und kompostierend entsorgt oder verbrannt werden. Die so nah verlockenden Früchte des erntereichen Wahlfestes sind verrunzelt, holzig geworden, vertrocknet. Oder sie haben sich als taub und hohl erwiesen. Was für ein Herbst hier, was für ein Herbst da. „Ich besaß es doch einmal, was so köstlich ist, dass der Mensch in seiner Qual nimmer es vergisst“ (Goethe, an seinem 250. Geburtstag unvermeidlich).

Heute im langen, sich dem Herbst zuneigenden Sommer 1999 gackern Vertreterinnen und Vertreter der so machtvoll erwünschten Regierungsparteien in den Vereinsfarben „rot“ und „grün“ herum wie ein Hühnerhaufen, der nur vom stabilen Regierungsstall zusammengehalten wird. Hähne krähen zu allen Zeiten, vor allem solche, die sich für Hähne halten. Und sie müssen bei den anstehenden Wahlen für solche gehalten werden, wollen sie eine Chance haben. Von Programmen wird gesprochen, von Partei- und Steuerreformen fast durchgehend auf dem hohen Niveau von Fußballtrainern, von redenden statt spielenden Fußballspielern nach verlorenem Match. Die Unterschiede zwischen den sich angeblich immer weiter ausdif-

ferenzierenden Sphären verschleifen sich. Im Zeichen der Totalökonomisierung und Totalmedialisierung nicht verwunderlich.

Was soll, was kann eine sozialwissenschaftliche Analyse zur einjährigen Bilanz der rotgrün getarnten Regierung beitragen? Man muß nur auf die Münder sehen, auf die Worte achten, die schaffenden Hände im Blick haben, dann wird deutlich: diese Regierung stellt sich so dar, wie sie ist. Sie *ist* Darstellung. Und sie stellt sich gegenwärtig reichlich konfus dar, weil Positionen gefährdet sind. „Schlechte“ Wahlen, zuletzt die europäische Scheinwahl, sind vorbeigegangen. Neue stehen an. Im permanenten Wahlkampf, der die Politik frisst, indem er „Legitimation durch Verfahren“ (N. Luhmann) ergattert und also – auch hier – „Demokratie“ darstellt. Darum, weil’s mit der Darstellung hapert, obgleich doch Kanzler und Vizekanzler in inkorporierten Darstellungen personentotal geradezu aufgehen, darum also sorgen sich Partei“genossinnen und genossen“; und ärgern sich rot und grün. „Wie viele unserer Mitglieder sind wir in Sorge über die weitere Entwicklung und den politischen Erfolg unserer Partei“, schreiben besorgt prominente Hessen-Grüne. „Eine Sorge“, so setzen sie konsequent fort, „die sich ganz überwiegend auf Erfolg und Erscheinungsbild der Bundesregierung und unserer Rolle als Regierungspartei bezieht“ (FR vom 23.7.1999). Darstellungsprobleme. Auch in der Selbstkritik, genauer der Positionssorge im sozialdemokratischen „Lager“, einem Haufen von Konkurrenten im wahlgerichteten Zwangsverbund einer Partei, ähnelt sich „rot“ und „grün“. Je nach Position und Funktion im Länder- und Bundesgetriebe der blockadereichen Parteimaschinerie wird mehr regierungsbezogen, oder mehr um der angeblichen „Grundwerte der Sozialdemokratie“ willen argumentiert. Besieht man die jeweiligen Vorschläge, meist allenfalls Reiz- und Schauworte a la „soziale Gerechtigkeit“ bei Tageslicht, dann schrumpeln sie auf unterschiedliches Make-Up zusammen, auf leere Präntentionen, auf Erinnerungslücken etwa des sozialdemokratischen „Fundi“ Erhard Eppler. Darstellungsprobleme.

Was also soll eine sozialwissenschaftliche Bilanzierung, auf die ich ausgehe, einbringen? Landauf, landab sind sich nahezu alle, ansonsten noch so heterogenen Beobachterinnen und Beobachter einig: viel ist’s nicht gewesen, was die „neue“ Bundesregierung seither geleistet oder wenigstens angeschoben und auf den Weg gebracht hat. Zwar ist die Sehnsucht zurück zu den Kohlschen Zeiten kaum irgendwo zu entdecken. Indes: wie die neuen Oppositionsparteien, denen ihr Latein schon zuvor ausgegangen ist, haben auch die „unverbrauchten“, „neuen“ Regierungsparteien und ihre exekutiven Vertreterinnen und Vertreter keine Politik zu bieten, die diesen Namen verdiente. Sie wursteln sich durch. Politics as muddling through. Und dies obwohl, mutmaßlich vielmehr gerade weil, die von der Vorgängerregierung weggeschobenen Probleme mächtige Schatten werfen und bearbeitet wer-

den müßten, sollen zukünftige Chancen, sollen die Chancen der nächsten Generationen nicht vorweg versaubert werden.

Wo immer der Blick über das breite, das zu breite Spektrum der Politik streift (dazu mehr weiter unten), der summierend bewertende Refrain fällt gleich aus: von der Aussen- bis zur Wirtschaftspolitik trampelt die Regierung, oft seltsam ungeschickt und unerfahren auf den ausgelaufenen Wegen. Sie singt das „Lob der Routine“ (und ohne die Routine der eingefuchsten Bürokratien wäre, so wie die politischen Dinge stehen, genauer die Personen, die sie anders betreiben sollen, Schlimmeres zu befürchten). All das, was „programmatisch“ präntiös behauptet, als das, was mehr noch hofferrisch auf die Regierung projiziert worden ist, hat bestenfalls wie genossene Zuckerwatte einen schalen Geschmack hinterlassen.

Eine kleine Summe, die nur Politikbereich um Politikbereich durchstriefte um die Fallhöhe zwischen (zum Teil vermeintlichem) Anspruch und Leistung zu vermessen, brächte, so scheint mir, wenig ein. Sie entspräche jedenfalls nicht dem, was sozialwissenschaftlich gefordert ist. Ich will mich deshalb nicht auf einen Anspruchs/Wirklichkeitsvergleich konzentrieren. Ich will vor allem zwei Fragen ein wenig hin- und herwälzen. Zum ersten: wie kommt es, dass auf die neue Regierung so viele Hoffnungen gesetzt worden sind? Könnte es sein, dass viele dieser Hoffnungen „falsch“ waren, weil sie einem geradezu vropolitischen Wunschdenken entsprangen, nicht Ausdruck dessen waren, was Ernst Bloch die erfahrene Hoffnung (*docta spes*) genannt hat? Wäre es also folgerichtig nicht angezeigt, ineins mit den enttäuschenden Ergebnissen der rotgrünen Koalition die Ursachen der eigenen Enttäuschung zu bedenken und ihnen genauer auf den Grund zu gehen? So zu verfahren, schlage ich nicht vor, weil ich die „realpolitische“ Seite stärken wollte, diejenigen, die im herrschenden status quo so versumpft sind, dass sie nur in dessen Kontext ums Überleben strampeln können. So zu verfahren schlage ich vielmehr vor, weil anders die „Möglichkeitsgesinnten“ (Robert Musil) keine Chance gegen die „Wirklichkeitsgesinnten“ haben, diejenigen, die immer schon vorweg zu wissen vermeinen, dass jede grössere Reformanstrengung vergebens ist, weil die herrschenden Verhältnisse nun einmal *herrschende* Verhältnisse sind, in denen zahllose interessierte Mitesser nisten; und weil, wie sich wirklichkeitspositivistisch abstandslos verallgemeinert versteht, „der“ Mensch nun einmal so ist, wie er ist. Gerade wer unter Politik unter anderem ein Handeln versteht, das selbst möglichkeitsbedingt, Möglichkeiten schafft und verantwortlich gestaltet, gerade der oder die muss die etablierten Bedingungen der Nicht- oder der Pseudopolitik so genau und nüchtern wie möglich herausfinden, um in Form und Inhalt, in Zielen und in Mitteln Projekte anzustreben, die mehr als hofferische Eintagsfliegen darstellen und rasch der Definitionsmacht herrschender Umstände anheimfallen. Darum können „falsche“ Hoffnun-

gen, genauer: Illusionen den herrschenden status quo und die in ihm enthaltene Dynamik mehr befestigen, als diejenigen, die „nur“ mit ganzer Sohle auf der gegebenen „Wirklichkeit“ auftreten; die nur insoweit wirksam sind, als sie, um mit Friedrich Engels zu reden, als „Induktionseisel“ positiv sind. Sie schreien J-A.

Das zweite Fragebündel führt die Ergründung „falscher“ Hoffnungen weiter. Warum, so lautet die hauptsächliche fragerische Stossrichtung, warum wurde in dieser neuen Koalition so wenig „gemacht“, obgleich doch gerade sogenannte Macher am Werke sind. Wie schon einmal in den 50er und Anfang der 60er Jahren weht heute wieder einmal der „Geist des Endes aller Ideologien“. Sozialwissenschaftler wie Giddens und Beck blasen pausbäckig ins Horn der orientierenden Orientierungslosigkeit. „Jenseits von Links und Rechts“ im puren Diesseits der wonnigen Gegenwart. Das Blair und Schröder zugeschriebene Papier, die Ekstase der Programmlosigkeit, stellt flexibel, mobil und, versteht sich, innovativ fraglose Fragen „ohne ideologische Vorbedingungen“. Warum also, wenn Politiker und ihre Wortschlenke so hemdsärmelig vorbehaltlos an die Arbeit gehen können, tun doch ihre Arbeit „die anderen“, vielmehr wird dieselbe der „Steuerungsfunktion von Märkten“ überlassen. Die Begriffsdummheit, dass Märkte steuern sollen, nicht nur, wie seit Adam Smith allein, qua „invisible hand“ regulieren, stellt ein Symptom für sich dar. Diese Begriffsdummheit wird übrigens von sozialwissenschaftlichen Nachschwätzern bedenkenlos übernommen (siehe Evers/Leggewie 1999).

II.

Hoffen ist nicht gleich Hoffen. Wenn keine Hoffnung mehr bestünde, wenn Hoffen sinnlos wäre, gäbe es keine Möglichkeiten mehr, würden Handeln und damit alle Politik blöde. Indes, über das verzweifelt existentielle Hoffen wider alles Hoffen hinaus (die spes contra spem) unterscheidet sich politisches Hoffen – vordergründiger – in Form und Inhalt dadurch, wieweit es begründet werden kann. Illusionen, Wunschenken haben ungeheure Wirkungen gezeitigt. Sie haben Alpträume von Herrschaft möglich gemacht. Man denke nur an die mit dem Sowjetkommunismus verbundenen, die produzierten und projizierten Illusionen. Oder heute diejenigen, die andersartig mit der weltweiten Kapitalisierung verbunden werden. Dort jedoch, wo Hoffnungen, den Personen, die hoffen, nicht enteignet werden, dort wo Hoffen am Selbstbewußtsein, der Erkenntnis und dem Orientierungsverlangen von Personen anknüpft, darauf baut, dort werden sie „massenhaft“ verbunden zu Politiken, zur politischen Triebkraft, die Handeln gemeinsam und arbeitsteilig ermöglicht. Dann aber kommt es immer erneut entscheidend darauf an, dass nicht nur herausgefunden wird, ob und unter welchen Bedingungen Anlass zum Hoffen gegeben ist. Darüberhinaus ist

es geboten, den Inhalt und die Adressaten des Hoffens zu bedenken. Wenn man also darauf ausgeht, Hoffnungen zu untersuchen, sind wenigstens drei zusammenhängende Fragen zu beantworten: wer hofft was und warum?

Wendet man diese verkürzten allgemeinen Überlegungen auf die Hoffnungen an, die seit vielen Jahren auf eine rotgrüne Regierung gerichtet worden sind, so ergeben sich erhebliche Differenzen bei der Frage, welche Gruppen gehofft haben, der Frage, was diese Gruppen erhofft haben und der Frage, aus welchen Motiven heraus sie dies taten. Kombinierte man die Antwort auf die drei Fragen miteinander, ergäben sich zahlreiche, je feiner man differenzierte schier unübersehbare Varianten. Ich reduziere die hofferrische Komplexität auf wenige Eigenarten und konzentriere mich vor allem auf diejenigen, die das Privileg besitzen, Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler zumal, sich bei dem, was sie von wem erhoffen, ihres jedenfalls der Chance nach geschulten Verstandes zu bedienen (der demokratische Skandal, der darin besteht, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zum Bourgeois getrimmt, dazu nur schwer in der Lage ist, nämlich sich ihres eigenen politischen Verstandes zu bedienen, ja, daß die Verfassung der liberalen Demokratie und ihre Repräsentanten dessen gar nicht zu bedürfen meinen, steht auf einem anderen Blatt, welches allerdings alle systemisch möglichen Hoffnungen sehr begrenzt).

Dass Mitglieder der Parteien, vor allem solche, die in und durch dieselben etwas werden wollen, all ihre Hoffnungen auf die Wahlen richten und den Wahlerfolg schon vorweg, nicht zuletzt zu propagandistischen Zwecken reformerisch normativ aufladen, versteht sich. Selbst wenn es im medialisierten Wahlkampf fast nur noch um Köpfe und deren „glaubwürdiges“ Augenaufschlagen, fast nicht mehr um Programme und Konzepte zu gehen scheint, kann auf die werbende „Aura“ der Schauworte nicht verzichtet werden. Und kein noch so ausgebuffter „Machiavellist“ kommt um die ausschmückende Rationalisierung des eigenen Tuns und der damit verbundenen kahlen Interessen herum. An einer kritischen Öffentlichkeit liegt es deshalb, der wolligen Programmpudel Kern immer erneut kahl zu scheren, indem sie zugleich zeigt, welche Art hintergründiger Wirklichkeit und der in dieser enthaltenen Interessen damit kamoufliert werden.

Nachzusehen ist auch, dass sich Jüngere – ohne dass ich den Geburtsschein ansonsten so oder so zum Argument erheben möchte –, anders engagieren und mit Parteien und ihren programmatischen Puddingformeln identifizieren, so ihnen das politische Interesse nicht schon vorab ausgetrieben worden ist, arbeitslos, sozial mit gebremster Relevanz wie sie gemacht und behandelt werden. Wer von den Wählern unter 35 Jahren hätte sich noch an die 1982 verblichene sozialliberale Koalition erinnern, wer von ihnen und von den meisten Wählerinnen und Wählern insgesamt hätte die Fragen einer „lesenden Bürgerin“ oder eines „lesenden Bürgers“ an die Rolle der

grünen und sozialdemokratischen Oppositionsparteien während der 16 Kohljahre stellen können (die Analogie der „lesenden Bürgerin/ des lesenden Bürgers“ zu Bert Brechts herrschaftskritischem Gedicht „Fragen eines lesenden Arbeiters“ dürfte bekannt sein, sonst geneigte Leserinnen und Leser bitte Brecht lesen. Möglichst nicht nur dieses Gedicht).

Nicht akzeptabel scheint mir jedoch, dass so viele privilegierte Intellektuelle im weiten Sinne des Worts, von sogenannten linken Intellektuellen zu schweigen, auf den angeblich bevorstehenden „Politikwechsel“ in einer Weise „romantisch geglottzt“ haben (Bert Brecht), dass sie darob all ihres analytischen Verstandes, all ihrer skrupulösen Erinnerung verlustig gegangen sind. Auf diese Weise haben sie sich in unterschiedlichen Mischungsgraden wenigstens programmatisch politisch kooptieren lassen und kommen nun aus dieser Schlinge nicht mehr so recht heraus. Oder sie haben ihre Knie beim Hoffnungssturz arg wund geschlagen. Gewiss konnte man, sollte man vielleicht sogar – ich selbst hege eine weithin abweichende, hier nicht zu erörternde Ansicht – im September 1998 zur Bundestagswahl gehen. Indes mit dem Motiv, den „Wechsel“ im emphatischen Sinne mitzuwählen über den Parteien- und Personalwechsel hinaus, das konnte man intellektuell erfahren und redlich nicht. Allemal gälte es doch zum wenigsten Kants berühmte, hier auf erheblich niedrigeres Niveau umformulierte Fragen zu stellen und halbwegs plausibel zu beantworten: was kann ich über die Parteien und ihre Möglichkeiten im institutionellen Geviert der Bundesrepublik Ende der 90er Jahre wissen? Was sollte ich angesichts der gegebenen politischen Umstände und meiner Problemsicht nach tun? Und was darf ich angesichts der Erfahrungen mit den zur Wahl stehenden Parteien, von dem, was den Regierungsparteien und ihren exekutiven Spitzen dann bestenfalls an Mitteln und Möglichkeiten zur Verfügung steht, hoffen?

Weil viele, auch unter den Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern, von den ungleich abhängigeren Publizistinnen und Publizisten zu schweigen, diese rudimentären Fragen nicht gestellt haben, weil sie hofersch über analytische Minima hinweggeflogen sind, haben sie mit an einem Illusionsgespinnst gedichtet, das selbst der rotgrünen Koalition, in jedem Fall aber sogenannt alternativer Politik geschadet hat und in seinen schädigenden Wirkungen anhält. Selbst ein so kundiger und geschätzter Freund und Kollege wie Bodo Zeuner tut, offenkundig enttäuscht, so – primär an die Adresse der SPD gerichtet – als habe im Jahr 1999 „ein neuer Qualitätssprung der SPD stattgefunden“, der von der zuvor angeblich geltenden Godesberger Basis, „einer linken Volkspartei in der reformerischen Tradition der Arbeiterbewegung“ aus, erfolgt sei (Zeuner 1999). Folgte man Zeuners die SPD Vergangenheit vor 1999 übertreibender, den lange vorweggenommenen Godesberger Wandel m. E. falsch interpretierender Sicht (vgl. schon Narr 1966, seinerzeit unter einer eher immanenten, partei-

enbezogenen, linksliberal getönten Perspektive), dann bedeutete das „Blair-Schröder“-Papier einen qualitativen politischen Sprung, der allenfalls von Oskar Lafontaine und den Seinen hätte gestoppt werden können. Indes: nicht nur gilt, dass die „Schrödereien“ schon vor der Wahl 1998 allen, die es wissen wollten, bekannt gewesen sein konnten; vielmehr auch: der sozialdemokratische Regierungsweg mit Oskar Lafontaine an der Spitze hätte im wesentlichen nicht anders ausgesehen. Freilich: Zeuners von gewerkschaftlichen Interessen bestimmte Aussagen unterscheiden sich qualitativ von all den Mit-Regierungspolitikern posierenden Sozialwissenschaftlern à la Leggewie, Evers, Raschke und tutti quanti, die darob ihrem offenkundig nur dem Broterwerb dienenden Beruf als *Beruf* entsagen. Dass einem Oskar Negt lange (und in vielem heute noch) Nahestehenden wie mir die unwiderrufenen „Sieben Gründe SPD zu wählen“ schlimme analytisch politische – und persönliche – Bauchschmerzen bereiteten und bereiten, steht dahin.

Nun wären die enttäuschten Hoffnungen, die fast mit dem wundervollen Bild Caspar David Friedrichs zu illustrieren wären, keiner weiteren nachkartenden Rede wert, hätten sie nicht Konsequenzen gezeitigt und täten dies noch.

Die am meisten spürbare Folge war im Zusammenhang der deutschen Beteiligung am Nato-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien seit dem 24. März dieses Jahres zu beobachten (vgl. Heinrich 1999). Auch eine Kohl-geführte Regierung hätte sich beteiligt. Möglicherweise mit etwas professionellerem Sich-Einlassen. Die freilich schon lange in Szene gesetzte schlimm rückfällige Normalisierung der Bundesrepublik Deutschland als einer kriegführenden Macht, wenngleich im Natopanzer wäre also gleichermaßen passiert. Allerdings hätte es aller Wahrscheinlichkeit selbst aus den Reihen der SPD- und Grünen-Anhängerinnen und Anhänger sehr viel mehr und vor allem grundsätzlich gerichtete Opposition gegeben. Vor allem die vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich doch irgendwie auf „Rotgrün“ bezogen haben, sie hoffend wählten, sich ihnen trotz allem verbunden fühl(t)en, hätten sich von den humanitären Formeln, die den von den Natomächten begonnenen Bombenkrieg über Völkerrecht und Grundgesetz hinweg geradezu menschenrechtlich entkriegt, beziehungsweise als neue Form des „gerechten Krieges“ versüßten, nicht so sehr täuschen, so orientierungslos machen lassen. Die menschenrechtlichen, die politisch-moralischen „Kollateralschäden“, die auf unabsehbare Zeit wirksam bleiben werden, wären mutmaßlich sehr viel geringer ausgefallen. Ob Herr Habermas von weltphilosophischer Warte aus in einer atem- und alle philosophischen Einsichten beraubenden Weise die Nato als List der Vernunft im Zuge kosmopolitischer Evolution moralisch aufgemöbelt hätte, wäre nicht „seine“ SPD mit zugange gewesen, ist fraglich. Ebenso wären viele

andere Einlassungen von Intellektuellen, die darob ihren Intellekt preisgaben, fraglos ungleich vorsichtiger ausgefallen. Günther Grass hätte vor Kinkel und Rühle kaum gleichermaßen wie vor Fischer und Scharping seinen „Hut“ gezogen. Auch wenn der Einwand zuträfe, daß der gleichfalls schon früher kenntliche Seitenwechsel von dem, was man heute mit dem Fetisch „1968“ zu verbinden pflegt, zur „Realpolitik“ früher oder später bei den meisten, den Grünen zumal, erfolgt wäre (zu einer angemessenen Erinnerung von „68“ siehe Negt 1995), gilt zum einen, daß jedes Jahr, das diese intellektuell-politisch-moralische Selbstentblößung verzögert hätte, ein gewonnenes gewesen wäre und gilt zum anderen, dass spätere Konstellationen nicht vorausgesehen werden können.

Eine andere Folge „enttäuschter Hoffnungen“, auch wenn sie vorweg kenntliche Illusionen gewesen sind, besteht in aller Regel in dem sich daran anschließenden „realpolitischen“ Schub. Sogar die Erfindung des Ausdrucks „Realpolitik“ durch den enttäuschten 1848er Liberalen Karl Ludwig von Rochau deutet auf eine solche Verstärkung politischer Phantasielosigkeit hin. Sie leitete seinerzeit die bald anhebende „Tragödie des deutschen Liberalismus“ ein.

Langfristig am einflussreichsten sind indes die verdrehten Wirklichkeitskonstruktionen, die illusionsgeladener Enttäuschung und einer unzureichenden – pardon für den Ausdruck – Enttäuschungsarbeit auf dem Fuß folgen. Der Begriffs- und Positionswechsel vieler sogenannter 68er macht darauf aufmerksam. Ob dieser Verblendung von „wirklichkeitswissenschaftlicher“ (Kapital- und Herrschafts-)Analyse beklage ich auch das Versagen vieler Sozialwissenschaftler so stark: Statt aus der Enttäuschung zu schließen, die Analyse herrschender Wirklichkeit müsse verbessert, sprich radikalisiert werden, statt die eigenen Normen zwar skrupulös in Richtung des in ihnen steckenden Menschen- und Gesellschaftsbildes zu bedenken, sie zugleich aber gerade gegen ihre zahnlose Verflachung zu schützen, werden für die Analysen immer mehr Voraussetzungen vorweg akzeptiert und werden die Krallen der normativen Forderungen geschritten. Also machen sich Analysen und ineins damit konkrete Utopien im Wechselspiel profillos. Wie sollte man tieferlotend analysieren, wenn man die gegebene Wirklichkeit wohlgefällig betrachtet und keinen letztlich normativ gehämmerten Spaten mit sich führt. Wie sollte man soziale Phantasie entwickeln, wenn nichts zwickt und beißt, wenn keine Befürchtungen, keine angenommenen Ängste informieren.

So ist es verständlich, daß Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler die Gefahren groß- und kleinschreiben, sie alle Tage deklinieren und konjugieren, die darin bestehen, daß in Zeiten der Globalisierung gesellschaftliche Zusammenhänge wegrutschen und kollektives, auf Kollektiva gerichtetes verantwortliches Handeln, also Politik, entgleitet, sich in die

neue Mode der „Netzwerke“ unbegriffener Art oder angeblich sich selbst steuernder neuer „Subjekte“ a la „Systeme“ auflöst. Die globalisierend zunehmende „Kontingenz“ ist nachweislich gerade keine, die politisch neue Handlungsräume eröffnete. Sie weist in ihrer unbegriffenen, unübersichtlich oligopolistisch organisierten und unberechenbaren Wachstums- und Krisenqualität vielmehr darauf, daß das Wenige an herkömmlicher Politik zukünftig nicht zu einem Mehr an Politik ausgeweitet werden kann, wenn Politik ohne irgendein rückwärtsgewandtes Lob der Vergangenheit nicht institutionell verfahrensförmig neu erfunden wird (die Assoziation von Becks anders ansetzender „Erfindung“ ist nur äußerlich siehe Beck 1993; Palonen 1995; Narr 1995).

III.

Kritik ist nicht gleich Kritik. Kritik muss mitnichten positiv sein. Der 100jährige Erich Kästner hat die Frage, „Wo bleibt das Positive?“ aus guten Gründen ironisch-sarkastisch gestellt. Marx hat sich dieser Frage in seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ ebenso weithin zu Recht verweigert. Und der von Axel Honneth u.a. so genannte Negativismus der „Frankfurter Schule“, also Horkheimers, Adornos vor allem ist hundertmal mehr wert als all der sachtseichte Anerkennungspositivismus, der ihm seither auf- und nachgesetzt worden ist. Allerdings ist es geboten, die Kriterien der Kritik möglichst aufzudecken, in jedem Fall leicht herausfindbar darzulegen. Auch sind die Grenzen aller Kritik zu bedenken, die schwer zu übersteigen sind. Kritik bietet deshalb selten prinzipiell mehr als die von Marx um der Praxis willen, auf die es in der Tat „ankömmt“, verhöhnnte „kritische Kritik“ der Jungheglianer außer ihm selber. Sie befindet sich freilich in großer sokratischer Tradition: was heißt das eigentlich, wenn ihr von Politik, Politikwechsel, von Reform, von Alternativen u.ä.m redet?

In Sachen Kritik der „rotgrünen“ Regierung, deren Farbenlehre politisch bestenfalls auf das Verpackungsmaterial schließen lässt, sind zusätzlich zu den oben gestellten Fragen, wer Kritik mit welchem Interesse woran hinsichtlich welchen normativen Bezugs und welcher politischen Konzeption übe, eine Reihe weiterer Fragen zu erwägen, bevor Kritik ihren eigenen immanenten Standards standhalten kann:

Zum ersten: vorausgesetzt die gewählten Politiker wollen überhaupt etwas machen im Sinne von eigensinnig gestalten, was können sie machen? Über welche Macht, machen zu können, verfügen sie; worin besteht dieselbe? Die Grade und Grenzen des „Machbaren“ lassen sich selten genau ermitteln; sie sind Teil des politischen Kampfs um „das Wirkliche“ (vgl. Steinmetz 1993, Narr 1999). Entgegen den schwerelosen Kontingenzenthusiasten spricht allerdings viel für die Vermutung, dass die Handlungsgrenzen stärker bestimmend sind als die offen zuhandenen Gestaltungsspielräume.

Zum zweiten: so lautet deshalb die Anschlußfrage, die in der ersten schon enthalten ist. Über welche Spielräume verfügen Politikerinnen und Politiker, welche Mittel diese Räume aus- und umzugestalten, politisch zu möblieren, gar auszuweiten besitzen sie? Wie schon angesichts der Grenzfrage verführt die in die Sprache eingelassene Metaphorik und die der Sprache unvermeidliche Statik. Grenzen sind nicht da oder nicht da, sie bewegen sich; sie wirken; sie können bis zu einem gewissen Grade verschoben werden; sie verschieben sich freilich auch selbst verengend bis in die grenzenvollen politischen Orientierungen hinein. Auch darum ist die Arbeit an der Phantasie, ist das dauernde Üben expansiver Vorstellungskraft so ausschlaggebend. Gleiches gilt für die Spielräume oder die Mittel, die nicht entweder da oder nicht da sind. Vielmehr gibt es eine Fülle von Varianten zwischen: gegeben – nicht gegeben.

Zum dritten: auch diese Frage steckt in der ersten und damit in der zweiten im Sinne eines analytischen Urteils Kant'scher Unterscheidung mit drin. Sie wird nun nur seitenvertauscht gestellt. Über welche Definitionsmacht und dazu zur Verfügung stehende Hebel verfügen sogenannte Sach- und Systemzwänge (hierbei habe ich mich im Ausdruck schon des längst üblichen Fehlers schuldig gemacht, Sach- und Systemzwänge wie Subjekte zu behandeln, eine Versachlichung des Subjekts, die spätestens mit dem modernen Staat Hobbes'scher Provenienz beginnt und mit dem angeblich autopoetisch geschlossenen System Luhmanns aufhört)? Ist der evolutionäre Prozess der „Ausdifferenzierung“ in der Tat unaufhaltsam; gilt er für alle „Wirklichkeitsbereiche“; was bedeutete derselbe, wenn er eindeutig gälte etwa für den Zusammenhang und die Differenz zwischen „Politik“ und „Ökonomie“. Die von Luhmann und anderen gebrauchte Systembegrifflichkeit zwingt zu einer Fülle von Fragen: Warum werden in der Systemsprache nur konventionell gegebene Unterscheidungen eingehüllt, sodass das, was sich Systemtheorie nennt, über hochabstrakte Widerspiegelung des Gegebenen wenig hinausgeht und analytisch kaum etwas einbringt? Warum werden die Voraussetzungen systemtheoretischer Konstruktion ausgeblendet und geht nicht der Begriff humaner Akteure, sondern gebündelter Interessen verloren? Wie kommt es, daß die ausdifferenzierten Systeme, die „alles“ erfassen, trotz ihrem seltsamen Arrangement als der Umwelt des je anderen, wie konfliktfrei funktionieren? Diesen und anderen Fragen steht die je nach Perspektive faszinierende oder bedrückende, freilich ihrerseits problematische „Evidenz“ der systemtheoretischen Begriffshüllen gegenüber. Sie indizieren die Versachlichung, die Entsubjektivierung, die in ihrer Architektur nicht mehr durchschaute Komplexität zahlloser organisatorischer Entitäten, die Politik und politische Verantwortung, denen ein emphatischer Handlungsbegriff zugrundeliegt, zu allenfalls mehr oder minder randständigen, systemisch besonderen Größen werden läßt.

Politik wäre dann nicht mehr das Allgemeine einer Gesellschaft, die Gesellschaft erst als eine Einheit zustande kommen läßt und täglich erneuert. Entsprechend wären Ansprüche und Erwartungen zu (ver-)senken.

All diese Fragen, die um vernünftiger Erwartung willen einigermaßen plausibel beantwortet werden müssen, sind von zwei Perspektiven aus zu stellen: Einer eher immanenten und einer eher externen.

Immanent werden die allgemein akzeptierten Prämissen liberaldemokratischer Verfassung der Gegenwart nicht in Frage gestellt. Um so nüchterner ist dann zu testen, was Wahlen bewirken; über welche politische Handlungsweite und Handlungstiefe Parteien verfügen; inwiefern sie ihrer Vermittlungsfunktion und ihrer Aufgabe, politische Themen aufzugreifen, öffentlich zuzuspitzen und bearbeitungsfähig zu machen, nachzukommen vermögen; über welche politische Prägekraft das Parlament und seine Fraktionen verfügen; und welche Handlungskraft schließlich einer parlamentarisch bestellten Regierung eignet. Statt die „Realanalyse“ der Verfassung angemessen zu betreiben, wird weithin nicht nur von politisch interessierter, sondern gleicherweise auch von sozialwissenschaftlicher und publizistischer Seite so getan, als lebten wir, von unvermeidlichen Reibungen und anormalen Korruptionsfällen abgesehen, liberaldemokratisch in der besten aller möglichen Welten. Ein normatives Gaukelspiel findet statt, indem so getan wird, als ob die „Faktizität“ liberaler Demokratie samt ihrer massiven Funktionsdefizite demokratischen, gar „radikaldemokratischen“ Anforderungen entspräche (Habermas 1995). Als seien die Wahlen mehr als ein Mechanismus, der eine periodische Zirkulation der politischen Eliten garantiert. Als wirkten die Parteien irgendwo noch als „Transmissionsriemen“ von einem Bürger-„unten“ zu einem Parlaments- und Regierungs- „oben“. Als würde im Parlament Demokratie in wirksamer Weise vergegenwärtigt. Als wären Regierungen politische Muskelprotze, die jeweils könnten, wenn sie nur wollten. Kurzum: eine nicht dauernd rationalisierende immanente Analyse der Verfassung liberaler Demokratie und des in ihr verwirklichten Politikbegriffs müsste gerade als immanente, der Logik liberaler Demokratie folgende Analyse, deren gravierende funktionale, institutionelle, ja auch normative Defizite herausarbeiten. Dann würde erkenntlich: die Verfassung liberaler Demokratie ist unbeschadet ihrer nicht aufzugebenden Qualitäten, wie immer sie in der Vergangenheit funktioniert haben mag, jedenfalls heute, spätestens im Zeichen von Europa und der Globalisierung den mit ihr verbundenen Anforderungen schlechterdings nicht (mehr) gewachsen.

Stattdessen wird die Kunst des Weg- und Schönsehens betrieben und werden je nach Gusto die ohnehin armen demokratischen Standards weiter herabgesetzt. Am deutlichsten wird dieses Verfahren in Arbeiten, die gerade als immanente Analysen versagen, bei den zahlreichen Studien, die sich neuerdings dem „europäischen Demokratiedefizit“ widmen oder über

„postnationale Politik“ raunen. Nicht nur wird durchgehend so getan, als wäre mit den „nationalstaatlichen Demokratien“ der OECD-Länder alles in bester Ordnung und käme es nun nur darauf an etwas „postnational“ draufzusetzen. Der liberal ohnehin bis zur Neige ausgedünnte Begriff von Demokratie wird „postnational“ aber vollends sockellos. Er wird einem seltsam von selbst wirksamen Recht überlassen, neuen Hybriderscheinungen wie dem „komplexem Weltregieren“ oder, im europäischen Rahmen, einfach einer deskriptiven Beobachtung, dem „Mehrebenensystem“, die zur Theorie aufgepumpt wird (siehe u.a. Habermas 1998; Zürn 1998; Held 1995; Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996).

Ginge es in Verfolgung der immanenten Perspektive analytisch mit rechten Dingen zu, würde einsichtig, dass dieselbe durch eine externe ergänzt werden muss. Noch auffälliger als die analytische Sparsamkeit immanent verbleibender Aussagen ist jedoch, dass externe Bezüge verdämmern. Als habe Fukujama mit seiner hegellisierenden Behauptung vom „Ende der Geschichte“ doch recht, werden die Prämissen und die negativen Folgen der global dominierenden kapitalistischen Vergesellschaftungsformen einfach als Nicht-Entscheidungen und Nicht-Kosten behandelt. Der unvermeidlich utopische Bezug aller externen Kritik, die nicht mehr Marx gleich auf immanente Entwicklungen setzen kann im Sinne einer evolutionären radikalen Reformdialektik, wird geradezu peinlich vermieden. Als müsse Kritik sich der kritischen Sprache und der – notwendigen Kritik Kriterien enthalten, als dürfe sie auf keinen Fall die nichtkontraktuellen Bedingungen des Kapital- und des liberalen Staats-Kontrakts samt den Folgen dieser Kontrakte prinzipiell aufgreifen und diskutieren. Selbst diejenigen, die „Alternativen“ fordern und vorstellen, tun dies häufig, indem sie reichlich kritikaseptische Formeln gebrauchen. Oder sie tun so, als könne beispielsweise eine ökologisch notwendige „Wende“ mit Steuertricks oder technischen Hebeln erreicht werden, ohne die ökonomisch-politischen Institutionen und die in ihnen und durch sie mächtigen Interessen in Frage zu stellen. Wie anders wäre die erstaunliche Karriere des Ausdrucks „sustainable development“ zu erklären, wenn sein Gebrauch nicht gerade erlaubte, im Reformslalom die nötige und nicht nur auf Randerscheinungen sich beziehende Kapitalismuskritik zu umkurven. Bei anderen Ausdruckskarrieren verhält es sich ähnlich. Von der Tautologie der „Bürgergesellschaft“ bis zur institutionell leichtgewichtigen „global governance“. Analytisch mit harten Kanten und Aporien versehene Begriffe, dessen was „ist“, was sein könnte und was nur unter veränderten Bedingungen dessen, „was ist“ angestrebt bzw. verheißen werden kann, werden durch wohltonende, mollige Worte ersetzt.

Die Folgen des Mangels immanenter und externer Kritik sind erheblich. Sie zeigen sich nicht nur in „falschen“ Erwartungen; sie senken vor allem die

politischen Ansprüche und befördern Fehlorientierungen; sie täuschen über die Untiefen hinweg; und sie erlauben Formen der politisch zirkensischen Ersatzbefriedigung, die der Wellenbewegung einer (Pseudo-) „Politik der Gefühle“ (Josef Haslinger) nachwellt. Aus Enttäuschungen kann deshalb nichts erfahren, kann nichts gelernt werden.

IV.

Grenzen sind nicht gleich Grenzen. Grenzen existieren an allen Ecken und Enden. Und Grenzen werden an allen Ecken und Enden überschritten. Innovationen zeichnen sich dadurch aus. Grenzen sind unbeschadet ihrer innovativen Überwindlichkeit härter und weicher – nur im Extrem, dem rigor mortis oder dem kollektiven Untergang sind sie absolut. Diverse individuelle und soziale Phänomene zeichnen sich nicht zuletzt durch ihre unterschiedlichen Grenzen aus. Etwa der moderne Staat, der prinzipiell durch sein Territorium begrenzt ist. Und also seine begrenzte Souveränität gewinnt. Oder das moderne Kapital, dem die Grenzüberschreitung begriffs- und praxiseigen ist, wenn auch seine ihm eigene binär-monetäre Logik ihm harte Grenzen und darin unvermeidlich enthaltene „externe Effekte“ einschreibt. Die Art und Härte der Grenze ist also jeweils speziell zu testen. Eine Grenzenlosigkeit, in der nicht selbst Grenzen steckten, steht nicht auf einem humanen Innovationsprogramm, auch wenn dasselbe den „Störfaktor“, also den grenzvollen Faktor „Mensch“ zurücklassend nur einer technischen Logik zu folgen sucht. Gerade letztere bleibt radikal begrenzt. Diese Beobachtung gilt auch normativ. Der westwärts so hoch emporgehobene Universalismus der Menschenrechte ist universell nur im Sinne bestimmter, also begrenzter Mensch- und Gesellschaftsbilder. Hinzukommt, dass die behauptete Universalität nur dann menschenrechtsgerecht praktiziert werden kann, wenn sie die Besonderheit jedes Menschen individuell und kollektiv/kontextuell wahrnimmt, also Grenzen findet. Vor allem gilt erneut: was wo und wie als Grenze in soziopolitisch-ökonomischen Kontexten wahrgenommen wird, hängt mitentscheidend von der jeweiligen Perspektive und den gebrauchten Bezugsnormen, den Topien und den Utopien ab. Die berühmten Grenzen im Kopf.

Im Zusammenhang des Themas „Politische Erwartungen und ihre Täuschungen/Enttäuschungen am Beispiel der rotgrünen Regierung in der BRD seit 1998“ kommt es zuvörderst darauf an, die Grenzen herauszufinden, die im weiteren Kontext von Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit bundesdeutscher Sorte sichtlich unsichtbar, kognitiv und materiell angelegt sind. Um einigermaßen fundiert in der Lage zu sein, über die Regierungspolitik und zugleich über die an sie gerichteten Erwartungen urteilen zu können. Ich werde in meiner illustrativen Skizze einiger ausgewählter Grenzen – eine materialreiche Analyse ist im Rahmen eines Aufsatzes

nicht möglich – eher induktiv verfahren. Ich setze hierbei vergleichsweise spät zum Zeitpunkt des Wahlerfolges ein.

1. Grenzpfahl: Die in der Art des Wahlerfolgs schon gezogenen Grenzen. Rauschende Wahlerfolgsnacht. Welche „Macht“ ist der rotgrünen Regierung, die nun aus der ‚Idee‘ zur ‚Wirklichkeit‘ werden kann, vorgeworfen. Indes, wie begrenzt ist diese Macht selbstverschuldet unverschuldet schon, bevor auch nur die erste Verhandlung der Koalitionäre stattgefunden hat. Haben die beiden lange zuvor auf ihre Regierungskoalition gespitzten, wengleich nicht restlos entschiedenen Parteien für ihr potentielltes Regierungsprogramm in Wahlen und Vorwahlen entsprechend geworben? Vor allem, so sie als rotgrüne Regierung dann in der Lage sein wollten, Reformen einzuleiten und auszuführen? Recht besehen: Nein. „Rote“ und „Grüne“ haben einen höchst konventionellen Wahlkampf geführt, konventionell gemäß den heute geltenden Meinungsbefragungs- und Medienregeln. Sie haben nicht darauf aufmerksam gemacht, dass alle Reformen manche Interessengruppen, wenn nicht alle Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen kommen können, gerade um der Vorteile willen, derethalber sie unternommen werden. Sie haben allenfalls mit Wort-, Farb- und Person-Symbolen „Gefühle“ angerührt. Auch in den 16 kohligen Jahren zuvor, die wie ein Reformstaudamm und eine Rüstezeit hätten genutzt werden können, um Reformprojekte nach allem Strich und Faden zu durchdenken, ist nichts dergleichen geschehen. Beide Parteien haben sich möglichst risikolos den dauernden Wahlkampf und die in ihm programmierte Kurzfristig- und Kurzsichtigkeit zum Programm erheben lassen. Und dies, obwohl jedem Reformerpichten klar und deutlich sein müsste, dass Reformen vom Tag ihres ersten Bekanntwerdens an, schreikräftige Interessen-Gegnerschaften mobilisieren, so dass man, ernsthaft reformwillig, wiederum dagegen mobilisieren können muss; und dies obwohl jede Gruppe, die etwas verändern will, ihre gewählte Macht in dem Moment schon verloren hat, wo sie machtüberzogen vermeint, Reformen per ordre de mufti auch nur öffentlich diskutieren, geschweige denn durchsetzen zu können. Selbst die Implementation durch die eben nicht eigenen, sondern ihren eigenen Regeln folgenden Bürokratien wäre dann alles andere als gesichert (Scharpf et. al. haben auf die diversen bürokratischen Fallen und deren „Verflechtungsverhältnisse“ schon 1977 trefflich aufmerksam gemacht).

Wie viel hätten SPD und Grüne samt ihrer Anhänger- und hoffnungsfrohen Wählerschar aus dem Reform-Desaster der so reformenthusiastisch ange-tretenen „sozialliberalen Koalition“ lernen können. Dabei muss man der seinerzeitigen Regierung noch zugutehalten, dass sie nicht nur vor allem die deutsch-deutsche und die deutsch-polnische Entspannungsöffnung kräftig vergrößert hat, sondern auch einige überfällige, wengleich nicht kon-

sequente Reformgesetze vom AFG (1969) übers Familienrecht (1974) bis zum Strafvollzugsgesetz (von 1976) auf den Weg gebracht hat (von den Schattenseiten – dem Berufsverbot, dem Tappen in die Freund-Feind-Falle des Antiterrorismus und der damit verbundenen, bis heute geltenden Verschlimmböserungen von Strafrecht und vor allem Strafprozessrecht u.a. einmal nicht zu reden).

Nichts dergleichen bei den rot-grün sich aufeinander zu bewegendenden, einander als regierungspolitische Steigbügelhalter benötigenden Parteien. Kein Lernen. Kein reformerisches Präparieren. Keine mobilisierende Aufklärungsarbeit. Also war die neue Regierung schon alt gefangen, bevor sie auch nur daran denken konnte, hätte sie's denn gewollt, sich an die harte Reformarbeit zu machen.

Nicht zufällig wird dieser reformpolitische Stillstand, der sich bis heute in geradezu lachhaften professionellen Mängeln spiegelt, welche belegen, wie schlecht die Hausaufgaben für die Regierungsprüfung gemacht worden sind –, nicht zufällig, so sage ich, wird dieser Stillstand, den die Schauhektik nicht verstellen kann, durch die Zurichtung der Personen ergänzt und habituell verstärkt, die das Regierungspersonal ausmachen.

Wer heute in der Regel in den Parteien zum „aufhaltsamen Aufstieg“ antritt, muss mehr hinter sich bringen, als die schon von Julius Leber beklagte „Ochsentour“. Er oder sie muss Gepäck abwerfen bis die regierungserträgliche Leichtigkeit des Seins erreicht ist. Sollte dies nicht schon im Vorwahlkampf – Otto Schily beispielsweise wurde spätestens seit der Zeit ministrabel, da er seinen liberalen Anwaltskopf umscheideln musste, um den Grossen Lauschangriff fraktionell durchzudrücken –, oder spätestens während des Wahlkampfes geschehen sein, dann sorgt die erste Stunde des Regierens für substantiell politische Verschlankung. Edelgard Bulmahn, kein zentrales Kabinettsmitglied, die einem wichtigen Ministerium präsidiert, ist dafür symptomatisch. Michael Emmerich, die rotgrüne Politik in Sachen Gentechnik resümierend, hält die mager entgleitende Bulmahn folgendermassen fest: „Bulmahn, die sich vor vielen Jahren selbst noch Gentechnik-kritisch gezeigt hat, beklagt nun, dass in Deutschland zu lange gezauert worden sei auf diesem ´wichtigen Innovationsfeld“ (Emmerich 1999). Let's deregulate it. So ist auch das von Vera Gaserow bei den Grünen festgestellte „Personalloch“ weder primär darauf zurückzuführen, „dass die Basisdemokratie“ „alle guten Leute“ „vergrault“, noch ist es ein auf die Grünen beschränktes Loch (Gaserow 1999). Das Rekrutierungsmuster der Parteien, das selbst in der SPD nur noch zu einem schwächer werdenden Teil von eben der parteiinternen „Ochsentour“ und dem ihr korrespondierenden „Michels'schen Gesetz“ bestimmt wird, sorgt für die Auslese der Leichtesten, der Wendigsten, derjenigen die im Blair-Schröder-Sinne am flexibelsten flexible Politik machen können.

2. Grenzpfahl. Das Reformen blockierende Defizit liberal demokratischer (Real-) Verfassung im Zusammenspiel mit den modernen Medien.

Wie gerade dargetan: Reformen kann man nicht durch die Tapetentür des Kabinetts in die Gesellschaft hineingeheimnissen. Sie sind nur möglich – eine ihrer Bedingungen –, wenn man den allemal engen und rasch enger werdenden Kreis der reformfeindlich fletschenden Interessenhunde wenigstens punktuell und vorübergehend durchbrechen kann. Dazu brauchen eine Regierung und ihre Parteien nicht nur einige Unzen konzeptionellen Muts, dazu bedürfen sie der entsprechend informierten Gruppen, die Reformdruck erzeugen und den Druck etablierter Interessen aushalten lassen.

Die Verfassung liberaler Demokratie liefert für das reformerische Mobilisierungsgeschäft – und das heisst immer aufklärerische Politisierung – denkbar schlechte Voraussetzungen. Bürgerinnen und Bürger – Joseph A. Schumpeter und Anthony Downs haben empirisch-systemisch Recht –, werden liberaldemokratisch nur am bourgeoisen, nicht am citoyenhaften Portepée gefasst. Die Wahlbevölkerung, angeblich der „Souverän“ (vgl. Art. 20 Abs. 2 GG), werden je nach Wahlhöhe, also auf Bundeshöhe einmal in vier Jahren nach allen Regeln verführerischer Vorurteils- und Symbolkunst poussiert, damit jede und jeder aus ihr in der vereinzelt Wahlkabine das richtige Kreuz kritzle. Ansonsten spielen Bürgerinnen und Bürger keine politisch anhaltende Rolle. Sie sollen im Rahmen der „Herrschaft auf Zeit“ (Theodor Heuss) eifrig, und dort, wo sie Arbeit haben oder sich darauf konkurrierend vorbereiten, leistungsschwitzend auf ihre privaten, das heisst primär ihre ökonomischen Interessen konzentrieren. Nur einmal, alle vier Jahre, sollen sie wahlbehend präsent sein.

Dieser Mechanismus funktioniert in etablierten liberalen Demokratien, auch in der Bundesrepublik wundersam. Vertrackt ist nur: Bürgerinnen und Bürger blicken nicht nur politisch nicht durch, sie werden auch zu politischem Verhalten und politischer Urteilskraft nicht befähigt. Es fehlt fast jede nötige Möglichkeit eines demokratischen learning by doing, eines Erlernens von politischem Interesse am Allgemeineren, von politischem Selbstbewusstsein und entsprechendem politischen Urteilsvermögen durch Teilnahme und ihr vorausgesetzter ausreichender materieller Teilhabe. Und diese, im Muster liberaler Demokratie angelegte, Erziehung des unpolitischen Bürgers wird im Zeichen der Massen- und nun noch der Mediendemokratien bis zum Exzess gesteigert. Auf den Verkauf der Politik, auf die Verpackung der Politik, auf Politik in Form der Werbung kommt es hauptsächlich an. Entsprechend fallen Identifikations- und Emotionsangebote aus.

All das ist konsequenzlos längst bekannt. Es handelt sich selbstredend um keine spezifisch deutsche Eigenart. Die Konsequenz für den reformpolitischen Spielraum besteht indes darin, dass den Wählerinnen- und Wähler-

kunden nahezu nichts zugemutet und an Eigenleistungen abverlangt werden kann. Und da die Parteien, die im Grundgesetz sogar verankerte Leistung politischer Bildung nicht erbringen, so wie sie organisiert sind, auch nicht erbringen können, sieht's dunkel aus im Reformwald. Für die Möglichkeiten der Politik insgesamt bedeutet dieser mehrfach paradoxe Zustand liberaler Massendemokratie ohne Demokratinnen und Demokraten, dass politische Einrichtungen und ihre Vertreterinnen selbst wenn sie wollten, nicht dazu in der Lage sind, die zweite grosse politisch eigenständige Ressource neben dem Gewaltmonopol, die Ressource demokratischer Legitimation, aktiv einzusetzen. Es sei denn die Parteien und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten (siehe 1. Grenzpfahl) bereiteten sich langfristig „mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt) darauf vor.

3. Grenzpfahl. Auch bei hoher Wahlwelle verläuft die Welle fast sekunden-schnell im etablierten Kanalsystem.

Es mag einen Augenblick narzistischen Glücks bedeuten, sich in bereit gestellte Sessel zu setzen wie in gemachte Betten zu legen. Sobald das Glücksgefühl vorüber ist – es scheint sich freilich faktisch unablässig einzustellen, Henry Kissinger, der's wissen muss, hat deswegen auch von der andauernden „aphrodisiakischen Dusche“ gesprochen, unter die ein „machtvolles“ politisches Amt stelle –, sobald also der Glücksmoment vorüber ist, und ein Regierungspolitiker seine Macht machend, gestaltend einsetzen möchte, trifft er oder sie auf tausend Hindernisse. Darauf, dass alle Institutionen, in deren Rahmen er/sie handeln muss, schon hart gegeben sind; darauf, dass ihm die Vorgängerregierung alle Probleme samt leeren Kassen hinterlassen hat; darauf, dass das gesetzliche Gespinnst rund um seine Aufgaben schier ebenso undurchdringlich ist wie das der Interessen. Und er/sie verfügt über kein Alexander-Schwert. Darauf, um die Blockadelitanei noch ein wenig fortzusetzen, dass er oder sie mitnichten HERR und FRAU ihrer eigenen ministeriellen Behörde ist – nicht zu reden von den für alle Wirksamkeit wichtigen nachgelagerten Behörden. Sie/er können froh sein, wenn sie sich zu einigermaßen akzeptierten Ressortpräsidentinnen und -präsidenten mausern. Darauf, dass ihnen die starken Interessengruppen, von deren Kompetenz und Wohlwollen sie noch abhängiger sind als von ihren Bürokratien, die Bude einlaufen, die Themen und die Themendiskussion bestimmen; darauf, dass sie nun medienumschwirrt werden wie von einem stechfähigen Wespenschwarm, dessen oft serviles Verhalten seine erhebliche, alle Substanzen aushöhlende Definitonsmacht oft unterschätzen lässt; schließlich darauf, dass die eigene Zeit, die ihm/ihr dazu gegeben ist, die nötigsten Informationen aufzunehmen, geschweige denn neue zu sammeln, zu analysieren, zu beurteilen ungemein begrenzt ist. Ein Gutteil der reformerischen Ohnmacht heutiger Politik, der Regierungspolitik

zumal und des Vermögens einzelner Regierungsmitglieder liesse sich nicht zuletzt an deren begrenzter, fast durchgehend von aussen vorbestimmter Zeit-Ökonomie exemplifizieren (vgl. zu einigen Hinweisen Robert B. Reich 1997; vom Thema überfordert eine der raren zeitökonomischen politikwissenschaftlichen Arbeiten Giesela Riescher 1994). „How do I decide what I do and what gets through me?“ fragt der neue Arbeitsminister der Clinton-Administration eine enge Mitarbeiterin. „We have you do and see what you 'd choose if you had time to examine all the options yourself – shifting through all the phone calls, letters, memos, and meeting invitations, she said simply“ (Reich 1997, S. 74).

4. Grenzpfahl. Die Bezugsgruppen changieren unvermeidlich.

Der Stellenwert der „Bezugsgruppentheorie“ ist nicht gerade bedeutsam. Ihr Theoriestatus sozusagen. Im Sinne einer empirischen Verallgemeinerung, bei der menschlicher Anerkennungsbedarf eine ausschlaggebende Rolle spielt, lässt sich jedoch formulieren: Sage mir, von wessen Urteil, welcher Institutionen und ihrer Vertreterinnen, welcher Gruppen, welcher Personen dein Selbstbewußtsein vor allem abhängt, wer, welche Institution samt Vertretern über die einschlägigsten dich betreffenden positiven und negativen Sanktionen verfügt, und ich sage dir, wie du dich bei entscheidenden Fragen verhältst. Vom soldatischen Verhalten im Schützengraben, woselbst im 2. Weltkrieg die Bezugsgruppentheorie praktisch gefunden worden ist (vgl. anschaulich schon Rainer Maria Remarque *Im Westen nichts Neues*) bis hin zum Verhalten eines Bundeskanzlers.

Kabinettsmitglied werden schliesst den Wechsel der Bezugsgruppen ein. Neue Bezugsgruppen werden wichtig, die über Anerkennungsgewinn und -verlust mitbestimmen; und zwar angesichts der auch in innenpolitisch gerichteten Ressorts gewachsenen Bedeutung internationaler Politik, europäischer Politik zumal Bezugsgruppen a la Ministerräte der EU, a la NATO-Konferenzen, a la Aussenminister- und „Weltgipfel“-treffen usw. Darum ist das Verhalten beispielsweise Joschka Fischers als Außenminister, wenn man einmal alle anderen Faktoren ausspart, alles andere als überraschend. Sein anfänglicher Vorstoss in Sachen Atomrüstung war ein Anfängerfehler. Und es war von vornherein klar, dass er rasch seinen Rückzug „gesichtswahrend“ antreten musste. Vergleichbares gilt für seinen Kabinettskollegen Trittin. Hier erwiesen sich einmal europäische, ein andermal nationale Interessenbezugsgruppen als stärker. Vergleichbares gilt für all diese Scheinmächtigen im wörtlichen Sinne. Sie sind im phototerminlichen Schein am mächtigsten. Weil die Bezugsgruppen“wahrheit“ so sehr durchschlägt, verstehen sich auch die Entfernungen zur „Mutterpartei“ oder die Gruppenraison von Kabinettsmitgliedern in der Regel von selbst. Im Extrem formuliert: die „Basis“ Fischers bilden nicht grüne Lokalitäten und ihre aufgeregt

polyphonen Mitglieder. Seine „Basis“ bildet Mrs. Albright. Im Natokrieg war die Nato selbstredend stärker als alle möglichen eigenen Bedenken und die als kritischer Bezug ausfallende Friedensbewegung.

5. Grenzpfahl. Die Bundesrepublik Deutschland wie sie geworden ist: in Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit.

Ich belasse es dabei, dieses Grenzbündel, zu dem mehr und mehr die europäisch vorhandenen und im Rahmen der EU produzierten Grenzen hinzukommen, in seiner schwer überschätzbaren Macht zu benennen, die vorhandenen Spielräume eng zu markieren. Diese Grenzen auch nur anzuloten, verlangte einen eigenen länglichen Aufsatz. Da das politische, interessen-durchwachsene Kanalsystem in der Bundesrepublik tief eingegraben ist, stellen sich fürs erste drei Fragen.

Welche Reformen sind im institutionellen Geviert bundesdeutscher Politik ohne externen Druck, der auch von nicht voraus berechenbaren sozialen Bewegungen ausgehen kann, „normal“ möglich. Dabei fällt auf, dass in der Bundesrepublik Reformen, so begrenzt sie im Ergebnis jeweils ausfielen, allein aufgrund der Phantasie, der neuen Begriffe und der zeitweisen Mobilisierungskraft sozialer Bewegungen zustande gekommen sind. Von den Parteien gingen sie jedenfalls nicht aus. In diesem Sinne fällt auch die politische Wirkungssumme der Grünen insgesamt reformnegativ aus. Da die beiden Petra-Kelly'schen Beine (außerparlamentarisches und parlamentarisches) bald durcheinander geraten mussten und zu einem zusammenwachsen, haben die Grünen insgesamt mehr dazu beigetragen, soziale Bewegungen ins etablierte Kanalsystem kooptativ hereinzulotsen – Stichworte „Staatsknete“, Positionen, Schein von Macht –, als die etablierten Institutionen reformerisch zu öffnen.

Die zweite Frage gilt den durch die EU in zunehmendem Masse bereit gestellten Reformbedingungen oder Reformhemmnissen. Die undemokratische Entwicklung der EU und ihre primäre kapitalistisch weltmarktorientierte Macht- und Grössendynamik heute haben zur Folge, dass in einer Regel mit den üblichen kleineren Ausnahmen die EU politische Reformen einschliesslich der wichtigsten aller Reformen, der Reform liberaldemokratisch verfasster Politik, behindert, wenn nicht wachsend verhindert.

Die dritte Frage setzt zu den ersten beiden verkehrt an. Wie müsste angesichts der sich überlagernden und verschiebenden bundesdeutsch-europäischen Institutionen, Prozeduren und den durch sie erfüllten Funktionen reformerisch angesetzt werden; sprich, welche Voraussetzungen wären zu allererst zu schaffen? Europäisch gesprochen ist die allgemeine Antwort leicht; sie zu konkretisieren sehr schwer: wie könnte, wie müsste eine liberaldemokratische Verfassung, die den heute gestellten Aufgaben prinzipiell entspricht, in mehr als symbolischer Bedeutung aussehen?

6. Grenzpfahl (den ich erneut nur markiere): wie müssten Nationalstaat, EU-Europa und internationale Einrichtungen verändert, getrennt und zusammen-verfasst werden, damit politisch relevantes und verantwortliches Handeln zureichende Chancen besäße?

Michael Mann hat Recht, wenn er davor warnt, im Rahmen des auch zur Mode gewordenen Redens von „der“ Globalisierung den Tod nationalstaatlicher Politik zu erklären (Mann 1996; siehe zur Globalisierung insgesamt Altvater/Mahnkopf 1999). Weder war der Spielraum staatlicher Politik früher sehr viel umfangreicher, noch ist gegenwärtig ein Weltkapitalismus ohne staatliche „Infrastruktur“ denkbar. Um staatliche Handlungsmöglichkeiten angemessen zu gewichten, muss freilich jeweils genau der Zeitpunkt bestimmt und der zu dieser Zeit geltende Kontext vermessen werden, sonst kommt man über pauschale Verallgemeinerungen nicht hinaus. Von letzten ist diejenige, die Franz L. Neumann vor langer Zeit formulierte, immer noch die beste: der Spielraum staatlicher Politik sei immer so groß gewesen, wie es die Ökonomie zugelassen habe. In der Tat gilt: seitdem moderner „Massen“-Staat und moderner Kapitalismus als einander zugeordnete Vergesellschaftungs- und Produktionsformen etabliert und wechselweise auf einander angewiesen sind, bestimmte die ungleich „dynamischere“ Ökonomie samt ihren expansiven Interessen, die zugleich in die gesellschaftliche Feinstruktur individueller Orientierung Eingang fanden, im Grossen und Ganzen den Takt der Entwicklung. Sie „ist“ das Schicksal, wie Walter Rathenau vor bald 100 Jahren feststellte. Darum ist es auch falsch, eine Art handlungsstarken, keynesianisch infrastrukur-, planungs- und nachfragestarken sowie sozialpolitisch expansiven ‚Normalstaat‘ von den europäischen, um nicht zu sagen von den bundesdeutschen Verhältnissen der 60er und frühen 70er Jahre gleichsam abzuziehen. Nicht nur haben seinerzeit keine wesentlichen Reformen in Richtung der Formen von Politik und Ökonomie und ihrer ungleichen Wechselwirkung stattgefunden (man betrachte sich nur das massive staatliche Planungsfiasco in Sachen wirtschaftlicher Strukturpolitik). Vielmehr gilt gerade für diese sozialpolitisch zweifelsohne fetteren Jahre, dass sie nicht primär staatlicher Reformpolitik in der Auseinandersetzung mit ökonomischen Interessen, sondern eben der ausserordentlich expansiven ökonomischen Entwicklung zu verdanken sind (wobei in der materiellen Gesamtrechnung nicht nur die massiv bleibenden Ungleichheiten, sondern auch die negativen Entwicklungen in den meisten Ländern der „Dritten Welt“, seinerzeit auch noch der „zweiten“ nicht unterschlagen werden dürften).

Zurückgekrümmt auf das Problem bundesdeutscher Reformpolitik und ihrer objektiven Chancen müsste genauer analysiert werden, wo und inwieweit der Standortwettbewerb und seine angeblichen Sachzwänge pure Ideologie im Interessenklassenkampf darstellen – so wie sie aus dem Blair-

Schröder-Propagandaheft trieft – und wo und wie eigenständige Innenpolitik samt möglicher Reformen dadurch blockiert werden, dass die Grenzen nationalstaatlicher Innenpolitik zweifelsohne zugenommen haben und noch weiter zunehmen.

Eine Kaskade von Grenzen, von Grenzfallen. Fast durchgehend lautet der Refrain, wenn man die ausgewählten Grenzpfähle passiert: die politisch systemischen Grenzen beeinträchtigen alle Reformen so stark, solche gar, die an etablierten Institutionen ansetzen müssten, dass Reformervorstellungen, gar an einer Regierung die aus unvorbereitetem Stand hoch- und weitspringen will (so sie denn in der Tat will – ich bezweifle es), dass Reformen allenfalls sehr gedämpft tunlich sind. Zum reformromantischen Glotzen und sich darob mit der rotgrünen Regierung und ihren regierungsamtlich weithin verhafteten Parteien zu identifizieren – dazu besteht jedenfalls kein zureichender Grund.

V.

Alle etablierte Politik ist (im öfters apostrophierten Wert- und Gestaltungssinne) unpolitisch. Manche unpolitischer als die andere. Die Grenzen des aktuell politisch Möglichen sollen und dürfen m. E. nicht die Kritik daran dämpfen, dass die rotgrüne Regierung die „Kunst des Möglichen“, als die Politik von Bismarcks Zeiten aufwärts oft bezeichnet worden ist, bis ins professionelle Detail, die Mediengewitztheit ausgenommen, so trefflich schlecht beherrscht. Mit Max Weber gesprochen ist weder von der Eigenschaftstrias, die gute Politikerinnen und Politiker auszeichnen soll, viel zu spüren: einer Leidenschaft zur Sache; einem ungewöhnlichen Verantwortungsbewusstsein und einem urteilsgeübten Augenmass. Noch lässt sich erkennen, dass die rotgrünen Koalitionäre sich ans langsame Bohren dicker Reformbretter gemacht hätten. Stattdessen scheint es kein Zufall, dass sich die rotgrüne Regierung vor allem durch drittklassige Schauspielerlei auszeichnet und modische Kleider – wörtlich und übertragen – die Regierungsleute machen.

Und doch: wenn das, was ich bisher an analytischen Erfordernissen mit zarten Belegfleischbrocken angedeutet habe, nicht in eine gänzlich irrthümliche Richtung weist, dann führt jede Fixierung auf einige charaktermaskengesicherte Regierungsleute, dann führt gleichfalls jede Fixierung auf die beiden Regierungsparteien sowohl positiv wie negativ auf Irrwege. Solche Fixierungen trügen zur Fehlannahme bei, die Damen und Herren könnten viel besser, wenn sie nur etwas mehr wollten und reichhaltiger informiert wären. Das ist die voluntaristische Illusion. Als könnten Politikerinnen und Politiker der Beck'schen Individualismus-Illusion gemäß das, was sie sich vornehmen, weithin machen. Wenn sie nur wollen wollten. Als machte Oskar Lafontaine beispielsweise einen bedeutsamen Unterschied

(man muss nur einmal das widersprüchliche ökonomische Kunterbunt, das er und seine Mitarbeitenden zusammengetragen haben, lesen, um die Frage schon aus konzeptionellen Gründen zu verneinen). Als müssten sich die Parteien wie anders die Parlamente nur ein wenig in Organisation und Verfahren runderneuern und fast alles laufe politisch wie geschmiert. Wenn man von Schuld im außermoralischen (und ein wenig auch im politisch moralischen) Sinne überhaupt sprechen kann und will, dann vor allem insofern, als sich diese Blairs und Schröders und Clintons (und tutti quanti) als Trio Mediale dazu hergeben, Politik und politische Macht zu simulieren. Dadurch geben sie sich als personelle Stellage dazu her, die normale Katastrophe gegenwärtiger Nicht-Politik zu drapieren. Schlimmer verhalten sich freilich noch die sozialwissenschaftlich publizistischen Helfershelfer. Auf diese Weise wachsen zwar Politikverdrossenheiten aller Art und Couleur, der Reformdruck wird jedoch weithin in Apathie, in Vorurteile und, wenn sich's denn wieder gibt, auch in Bomben-Kriege abgelenkt.

VI.

Das Positive ist nicht gleich das Positive. Man, genauer ich habe den Eindruck, als meuchle der weltweite kapitalistische „Fundamentalismus“ alle Kritik, setze sie in jedem Fall auf Hungerkost. Adorno, der „Negativist“, der schon früh darauf hingewiesen hat, dass sich Ideologie ohne höheres Profil in der ‚Wirklichkeit‘ selbst verberge, in die ‚Dinge‘, die Waren, die Institutionen, die wachsende Fülle der Scheinauthentizitäten und Scheinidentitäten schlüpfe, wusste auch von der aller Kritik nötigen Hebelkraft der Utopie:

„Dass es aber gleichwohl des nicht unter die Identität zu Subsumierenden – nach der Marxischen Terminologie des Gebrauchswerts – bedarf, damit Leben überhaupt, sogar unter den herrschenden Produktionsverhältnissen, fort dauere, ist das Ineffabile der Utopie“ (Adorno 1966: 20).

Das also ist das erste „Positive“ im Negativen, das erst so etwas wie Erwartungen, wie Hoffnungen erlaubt und mit einem substantiellen Bezug versieht.

Das zweite „Positive“ besteht in der analytisch begründeten konzeptionellen Anstrengung, in der Anstrengung der Phantasie noch mehr als in der „Anstrengung des Begriffs“, so beide, allerdings nicht hegelisch, nicht in eins fallen. Die zukunftsgerichtete Rettung der Politik im Sinne personal handelnden Gestaltens in Konflikt und Konsens, in Kooperation und Konkurrenz mit anderen –, so lautet die Aufgabe aller Aufgaben. Das Schwere, das schwer zu denken, samt seinen materiellen Bedingungen vorzustellen und noch schwerer zu machen ist. Schwer ist es nicht zuletzt deshalb, weil innerhalb des bestehenden Systems dasselbe in Kritik und vorstellender, nicht aktuell vollziehbarer Praxis transzendiert werden muss. Wenn sich

beispielsweise etliche von uns, auf eine andere Praxis orientierten kritischen Kritikern an das Riesenproblem einer demokratischen Verfassung Europas machten, dann dürften wir unsere analytisch gebändigte Phantasie nicht in den Grenzen der kapitalistischen Europäischen Union und des in ihren Grenzen nur dem Schein nach überwindlichen, vielbeschworenen Demokratiedefizits selbst domestizieren oder domestizieren lassen. Sonst käme nur der übliche betuliche Versatzstücke-Salat mit etwas normativem Dressing heraus, der die demokratische Misere nur noch verstärkte, indem er sie symbolisch als überwindlich ausgäbe. Die Anstrengung der Phantasie mit der Anstrengung des Begriffs verbunden erfordert, soll sie auch nur Orientierung geben, einen ungleich radikaleren, die herrschenden ökonomisch politischen Bestandsbedingungen in Frage stellenden Ansatz. Dann können Analyse und Phantasie ihr Politikum zurückgewinnen.

Das dritte „Positive“ mag vielen noch „negativistischer“ erscheinen. Es besteht in der primären Politik von dem Ort aus, den man vor 30 Jahren die APO, die „ausserparlamentarische Opposition“ genannt hat. Politik ist allein von diesem Ort ausserhalb zu betreiben. Ein Mitmachen, Mitmischen am etablierten (unpolitischen) Politiktheaterspiel und seinen Verdummungen kommt nicht in Frage. Allerdings bedeutet eine solche Politik ausserhalb der etablierten politischen Institutionen nicht, eine Parteien- oder Parlaments- oder Wahlprüderie zu pflegen. In ängstlich puristischer Berührungsanstalt gar. Sonst bestünde eine andere Derealisierungsgefahr, der die etablierte „Politik“ in ihrer Weise voll erlegen ist. Selbstredend kommt es darauf an, die etablierten Institutionen und die von ihnen ausgehenden Massnahmen, Regelungen und Aktionen scharfäugig zu beobachten und wo immer möglich und nötig, in Einzelfällen ohnehin, begrifflich, konzeptionell, kritisch und mobilisierend auf sie einzuwirken zu versuchen, in selbstkritischer Wirkungseinschätzung.

Die Spurenelemente politischen Raums, von dem aus Kritik und Utopie artikuliert werden können, lassen sich zukünftig nur erweiternd retten, wenn nicht am scheinvollen Machtspiel selbst- und fremdtäuscherisch teilgenommen wird. Als wären in der Regel die Prominenten nicht prominent, weil sie sich unter Verlust ihres eigensinnigen Gewichts auf den Berg herrschender Interessen hochgearbeitet haben. Als bestünde die politische Macht gegenwärtiger Staatsleute nicht vor allem darin, dass sie medienattraktiv die von den kapitalistisch-technologischen Entwicklungen und ihren hauptsächlichlichen Profiteuren geschlagenen Kerben nachträglich nachziehen. Das macht ja so sehr Angst: nicht dass die Politiker von Berlin bis Washington D.C. so viel machen (= gestalten); sondern dass sie sich wie eitle Lemminge verhalten, die machtvoll Glitzern für Macht ausgeben. Auf diese Weise werden alle grossen Fragen der Zeit verschusselt. Dass die Staatsleute, Macht medieneindrucksvoll mimen, ist gewiss nicht irrelevant.

So wie verblende Formeln der Macht nicht; so wie all das nicht, was man symbolische Politik und Politik mit Symbolen nennt. Wer indes Reformen will, die in radikal-demokratischere, sozial 'gleichere', friedlichere Richtung weisen, der oder die muss von dem kaum verantwortlichen herrschenden Machtgetue, das nichts macht, Abschied nehmen. Und andere in dieser Richtung orientieren. Der prinzipiell andere Bezugsrahmen ist mit ausschlaggebend. Der erlaubt kein nervöses, hoffnungstäuscherisches Hecheln am Rande, bis 'man' endlich selbst in Berlin oder anderwärts in den ummauerten Kanzlerbungalow wenigstens beratend Einzug halten darf (das war schon der Fehler der meisten Grünen lange vor jeder Regierungsbeteiligung von den Sozialdemokraten, denen der Staat „im Blut“ liegt, nicht zu reden).

Rotgrüne Regierungsmacht im Sinne eines Wechsels hin zu einer Reformpolitik und einer dafür nötigen Reform der Politik – ein Fetisch. Illusionen sind machtvoll. Gerade Machtillusionen. Dennoch: gerade um der Nicht-Mächtigen willen ist diesen Illusionen, zu denen gerade sie erzogen werden, in kritischer Utopie und selbst noch mit der Utopie der Kritik entgegenzuarbeiten. Jedenfalls dann wenn man über das Privilegium verfügt, intellektuell arbeiten zu dürfen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1966): *Negative Dialektik*, Frankfurt/Main.
- Altvater, Elmar, Mahnkopf, Birgit (1999): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, Münster, 4. erweiterte Aufl.
- Bäumler, Hartmut u.a. (1999): „Wir laufen Gefahr, es allen unrecht zu machen“. In einem Brief an den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion mahnt der Landesvorstand der hessischen Grünen mehr Sachlichkeit und Professionalität an, *Frankfurter Rundschau* Dokumentation (23.7.).
- Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt/Main.
- Emmrich, Michael (1999): Kein kritisches Profil erkennbar. Rotgrün setzt bei Gentechnik auf Akzeptanz, *Frankfurter Rundschau* (30.7.).
- Evers, Adalbert; Leggewie, Claus (1999): Der schwierige dritte Weg, *tageszeitung* (22.6.).
- Habermas, Jürgen (1995): *Faktizität und Geltung*, Frankfurt/Main.
- Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: Ders.: *Die postnationale Konstellation*, Frankfurt/Main, S.91-169.
- Held, David (1995): *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*, Cambridge GB.
- Heinrich, Michael (1999): Kosovo 1999, in: *PROKLA* 115, S.186-192.
- Gaserow, Vera (1999): Rufer in der Leere, *Frankfurter Rundschau* (26.7.).
- Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.) (1966): *Europäische Integration*, Opladen.
- Mann, Michael (1997): Hat die Globalisierung den Siegeszug des Nationalstaats beendet? in: *PROKLA* 106, S.113-142.
- Meng, Richard (1999): Der Gegenwartskanzler, *Frankfurter Rundschau* (15.7.).
- Narr, Wolf-Dieter (1966): *CDU/SPD. Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart.
- Narr, Wolf-Dieter (1995): Begrifflose Politik und politikarme Begriffe. Zusätzliche Notizen zu Becks „Erfindung des Politischen“, in: *Leviathan* 3/1995, S.437-444.
- Narr, Wolf-Dieter (1999): Eine politische Wende? Eine neue Politik? in: *Kommune* 6/99, S.54-61.
- Reich, Robert G. (1997): *Locked in the Cabinet*, New York.

- Riescher, Gisela (1994): *Zeit und Politik. Zur institutionellen Bedeutung von Zeitstrukturen in parlamentarischen und präsidentialen Regierungssystemen*, Baden-Baden.
- Palonen, Kari (1995): Die jüngste Erfindung des Politischen, in: *Leviathan* 3/1995, S.417-436.
- Scharpf, Fritz; Reissert, Bernd; Schnabel, Fritz (1976): *Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik*, Kronsberg/Ts.
- Schröder, Gerhard; Blair, Tony (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, auszugsweise in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (2. 8.).
- Steinmetz, Willibald (1993): *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780-1867*, Stuttgart.
- Zeuner, Bodo (1999): Der Bruch der Sozialdemokraten mit der Arbeiterbewegung. Das Tony Blair/Gerhard Schröder-Papier und die politischen Antworten, die die Gewerkschaften darauf geben müssten, *Frankfurter Rundschau* Dokumentation (17. 6.).
- Zürn, Michael (1998): *Regieren jenseits des Nationalstaats*, Frankfurt/Main.